

**Prof. Dr. Martin Hein, Kassel**

### **Ist Klimaneutralität utopisch?**

*Impulsvortrag in der Reihe „Europa im Gespräch“ in der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union, Brüssel, 5. Oktober 2022.*

Nicht erst jetzt wird vom Klimawandel gesprochen. Die Kirchen etwa hatten im Zusammenhang des konziliaren Prozesses für „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ warnend auf die Folgen der globalen Erderwärmung hingewiesen – und sie mitnichten als einzige. Getan hat sich dennoch in den vergangenen Jahren wenig. Immer noch beherrscht international das Diktat der Ökonomie weitgehend die Überlegungen zu einer ökologisch und sozial motivierten Änderung der Politik. Und mit einigem Recht fragen so genannte Schwellenländer, warum ihnen die entwickelten Industrieländer überwiegend des globalen Nordens Beschränkungen auferlegen wollen, die Folgen für das eigene Wirtschaftswachstum haben. Manche Vertreterinnen und Vertreter dieser Länder deuten die Einflussnahme westlicher Industriestaaten, mehr im Blick auf Umweltschutz und Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes tun zu sollen, als unterschwelligem Versuch, sich erneut wirtschaftliche Vorteile gegenüber Schwellenländern zu verschaffen.

Um es daher klar und deutlich zu sagen: Der Einsatz für eine weltweite Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes mit dem Ziel, in einigen Jahrzehnten Klimaneutralität zu erreichen, hat es stets mit harten Einsprüchen und Widerständen zu tun. Die können nicht einfach gelehnet oder beiseite geschoben werden, sondern sie entfalten eine höchst reale Wirkung! In der Fragestellung meines Themas klingt daher unterschwellig Besorgnis an: Bleiben die Bemühungen um Klimaneutralität letztlich Wunschdenken und werden sie an den Eigeninteressen der Staaten scheitern? Anders gefragt: Ist Klimaneutralität nur eine allgemeine Zielsetzung, an der und auf die hin sich politisches und wirtschaftliches Handeln orientieren sollte, ohne allerdings den Anspruch zu haben, dieses Ziel in einem überschaubaren Rahmen erreichen zu können? Wenn es so wäre, könnte ich meine Ausführungen bereits an dieser Stelle beenden.

Und deshalb lautet vorweg meine Antwort auf die Eingangsfrage: Nein, Klimaneutralität ist nicht utopisch!

Um dies sachgemäß zu erläutern, ist zunächst eine Verständigung darüber nötig, was wir meinen, wenn wir von Klimaneutralität sprechen. Ich lehne mich an die Definition des BMZ an: Es dürfen „nicht mehr klimaschädliche Gase ausgestoßen werden, als der Atmosphäre durch sogenannte Kohlenstoffsenken, also etwa Wälder, entzogen werden. Diese ‚Treib-

hausgas-Neutralität' kann nur erreicht werden, wenn die Weltwirtschaft schnell und konsequent deutlich weniger Kohlenstoff freisetzt (,Dekarbonisierung').“

Es ist inzwischen unbestritten, dass der Treibhausgas-Ausstoß ursächlich für den Klimawandel ist. Seine Folgen konnten wir auch bei uns im klimatisch eher ausgewogenen Deutschland erleben: Wir haben in diesem Jahr den heißesten Sommer seit Einführung der Wettermessung hinter uns. Erneut – und nicht zum ersten Mal – werden Felder und Wälder von lang anhaltender Dürre heimgesucht. Allmählich dämmert es auch den Allerletzten, was es mit der Klimaerwärmung auf sich haben könnte. Und wenn wir zu anderen Kontinenten schauen, so verzeichnen wir aktuell in Afrika erneut Hungerkatastrophen und etwa in Pakistan eine Überschwemmung ungeheuren Ausmaßes, die ein Drittel des Landes bedeckt hat. In der Karibik wüten inzwischen die Hurrikans.

Wir sind sehr spät – und haben wichtige Jahre zielgerichteten politischen Handelns verstreichen lassen. Dass angesichts des Klimawandels eine Energiewende erforderlich sei, wurde zwar von Umweltgruppen unterschiedlicher Provenienz schon früh gefordert, aber so lange fossile Energieträger offensichtlich in ausreichendem Maß zu günstigen Preisen zur Verfügung standen, wurde bei uns nicht zielstrebig auf den Ausbau regenerativen Energien gesetzt. Ökonomie stand vor Ökologie.

Inzwischen haben sich in Westeuropa die Rahmenbedingungen grundlegend geändert: Der Ukrainekrieg, verbunden mit dem Stopp russischer Gaslieferungen, hat die Abhängigkeit der Wirtschaft wie der privaten Haushalte von Energie-Importen vor Augen geführt. Es wird nicht nur aktuell darum gehen, den Energiebedarf zu reduzieren und diesen reduzierten Energiebedarf zu decken, sondern verstärkt in die Nutzung regenerativer Energien zu investieren, um damit autarker und unabhängiger als bisher zu werden. Insofern hat der Ukrainekrieg mittelbare *Kollateralfolgen*, die ansonsten – das wird man ohne Zynismus sagen dürfen – so schnell politisch nicht umzusetzen gewesen wären.

Um das an alltäglichen Beispielen aufzuzeigen: Die Absenkung der Wassertemperatur in Hallenbädern und der Raumtemperatur in öffentlichen Gebäuden um 2 Grad oder das Abschalten der Abendbeleuchtung auf historische Bauwerke mag man als „Symbolpolitik“ abtun. Vor einem Jahr hätten solche verordneten Maßnahmen einen Aufschrei der Empörung zur Folge gehabt. Da hat sich inzwischen manches geändert. Und ein gewisses Einsparpotenzial ist nicht von der Hand zu weisen. Doch um dem Klimawandel wirksam zu begegnen und Klimaneutralität anzustreben, reicht das selbstverständlich nicht aus.

Es geht vielmehr um den *Willen* zu weitreichenden Verhaltensänderungen auf internationaler, nationaler, lokaler und persönlicher Ebene, es geht um einen grundlegenden *Paradigmenwechsel*, der den Fokus auf Ökologie legt und Ökonomie wie Sozialpolitik dazu in Beziehung setzt und miteinander ins Gleichgewicht bringt.

Wenn ich davon spreche, dass der Wille zur Veränderung entscheidend ist, rühre ich an anthropologische Grundeinsichten. Denn schon bei uns selbst können wir beobachten, wie schwer uns Veränderungen fallen. Wir sind in unserer eigenen Lebenseinstellung eher konservativ ausgelegt. Ordnungen und Rituale erleben wir zumeist nicht als bedrohlich und einengend, sondern als entlastend. Der erste Grundsatz dieser konservativen Lebenshaltung und Lebensführung lautet: „Es war schon immer so!“ Der zweite: „Da könnte ja jeder kommen!“ Und der dritte: „So schlimm wird es schon nicht sein.“ Unter diesen Voraussetzungen bleibt tatsächlich alles beim Alten. Veränderungen finden nicht statt.

Wie aber kommt es dann doch zu Willensänderungen, konkret: dass wir die Wende zur Klimaneutralität wirklich wollen? Im Bereich der Politik wird oft auf ordnungspolitische Maßnahmen gesetzt – das heißt auf Regulierungen durch Gesetze und Verordnungen –, und das in Hoffnung, dass sich so allmählich Verhaltensänderungen ergeben. Ein Beispiel dafür, das uns heute völlig selbstverständlich erscheint, war 1976 die Einführung der Anschnallpflicht in PKWs. Tempo 130 auf deutschen Autobahnen wäre ebenfalls solch eine ordnungspolitische Maßnahme, an die man sich – wie der Blick in das europäische Ausland zeigt – im Lauf der Zeit gewöhnen würde.

Nun können wir zwar beobachten, dass klimapolitische Maßnahmen mehr Akzeptanz erheischen, je stärker sie mit staatlichen finanziellen Anreizen verbunden sind – sei es auf dem Weg direkter Förderungen oder indirekt über Steuererleichterungen. Oft geht es dann im industriellen wie privaten Bereich eher darum, die Fördergelder abzuschöpfen, deren Umfang im Übrigen zumeist begrenzt ist, als um einen wirklichen Wandel der Einstellung. Aber eines muss unumwunden zugestanden werden: Klimaneutralität von global bis lokal gibt es nicht zum Nulltarif! Und ich halte es nicht einmal für vermessen, dafür – zeitlich gestreckt – ein Budget von 100 Milliarden Investitionshilfen ins Auge zu fassen!

Insgesamt gesehen scheint es mir aber erfolgversprechender zu sein, Verhaltensänderungen die über die Einsicht in die Sinnhaftigkeit der Regelungen erreichen. Einsicht ergibt sich aber nicht von selbst – allenfalls bei wenigen. *Einsicht benötigt Attraktion!* Das führt zu der Frage: Was macht ein Ziel so attraktiv, so *in sich* einleuchtend, dass es sich (nicht nur finan-

ziell) lohnt, das Verhalten zu ändern? Verhaltenspsychologisch spricht man von einer „intrinsic Motivation“, also von einem Handeln aus eigenem Antrieb.

Genau hier ist bei der Klimaschutzpolitik anzusetzen! Um das erneut an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die Reduzierung des Individualverkehrs in unseren Innenstädten, sofern sie PKWs mit Verbrennungsmotoren betrifft, wird so lange als Eingriff in individuell zustehende Rechte gedeutet, wie keine attraktiven Alternativen im öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung stehen. Andere Länder in Europa, etwa die Niederlande, machen uns längst vor, dass eine ziemlich strikte Parkraumbewirtschaftung mit entsprechend hohen Parkgebühren dann möglich ist, wenn zugleich in entsprechender Taktung Busse und Straßenbahnen die Mobilität gewährleisten, vielleicht sogar erhöhen. Drei Monate „9-Euro-Ticket“ haben die Attraktivität der Nutzung öffentlicher Verkehrssysteme erfahren lassen – auch wenn da bei der Weiterentwicklung noch viel zu tun ist.

Um es auf eine Faustformel zu bringen: Damit ich mein persönliches Verhalten ändere oder wir es als Gesellschaft insgesamt ändern, gilt eine *Kompensationsregel*: Ich muss nicht bloß verzichten (was wir naturgemäß sehr ungern tun), sondern die Verhaltensänderung ihrerseits hat einen Nutzen: für mich selbst wie für unsere Gesellschaft. Und je konkreter dieser Nutzen ist, umso stärker die Einsicht und umso eher der Wille zur Änderung.

Aus meiner Sicht kranken manche Konzepte und Maßnahmen, das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, daran, dass sie noch zu wenig die Attraktivität in den Vordergrund stellen und noch zu sehr im Appellativen, also auf der Ebene der *Moralität*, oder im ordnungspolitischen Denken, also auf der Ebene der *Restriktionen*, verhaftet bleiben. Gelingt es, über die Einsicht in die Notwendigkeit und den Nutzen von anstehenden Maßnahmen zu kommen, sind die Voraussetzungen zu bewussten Willensentscheidungen eher gegeben.

Ob das ein allzu optimistisches, aufgeklärtes Bild von uns Menschen ist? Ich glaube das nicht. Vielmehr bin ich überzeugt, dass es ein richtiger Weg ist. Und er beginnt bei denen, die politische Entscheidungen zu treffen haben und denen bislang dazu der Wille weitgehend fehlt.

Die Bemühungen um die Begrenzung des Klimawandels durch Klimaneutralität erfordern also gemeinsame Einsicht, gemeinsamen Willen und gemeinsames Handeln auf allen politischen Ebenen.

Nun ist es falsch zu behaupten, es würde gar nichts getan. Im Gegenteil! Handlungsstrategien und -konzepte liegen von global bis lokal in großem Umfang vor. Um einige davon in aller Kürze zu nennen:

- Das „Pariser Klimaabkommen“, 2016 in Kraft getreten, verpflichtet die inzwischen 180 Unterzeichnerstaaten, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf "deutlich unter" zwei Grad Celsius zu begrenzen – mit Anstrengungen für eine Beschränkung auf 1,5 Grad Celsius. Das klingt einfach („1,5 Grad Erwärmung“), ist aber höchst anspruchsvoll. Und es gibt kein gemeinsam vereinbartes Datum, denn die jeweiligen nationalen Klimaschutzziele werden von den Staaten selbst bestimmt.

Was eine Erwärmung allein schon um 1,5 Grad bedeuten kann, zeigt ein Vergleich mit unserem eigenen körperlichen Wohlbefinden: Unsere Körpertemperatur liegt normalerweise um die 37 Grad. Eine Erhöhung um 1,5 Grad würde einen dauernden Fieberzustand zur Folge haben. Um genau diese Dimensionen geht es bei der globalen Erderwärmung! Mutmaßungen gehen dahin, dass wir bei weiterer Untätigkeit auf eine Erderwärmung von 2,8 Grad hinsteuern!

- Flankiert werden die Selbstverpflichtungen des Pariser Ankommens durch die bereits 2015 von den UN-Mitgliedsstaaten verabschiedete „Agenda **2030** für nachhaltige Entwicklung“, die insgesamt 17 Ziele nennt, die schon Ende dieses Jahrzehnts erreicht werden sollen (SDGs: Sustainable Development Goals). Eines von ihnen umfasst die Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels (SDG 13).
- Der „Green Deal“ der EU-Kommission, der anstrebt, Europa bis **2050** zum ersten klimaneutralen Kontinent werden zu lassen, setzt darauf, die Netto-Treibhausgasemissionen schon bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 reduzieren zu können.
- Entsprechend den Vorgaben des BVerfG in seinem Urteil von 2021 hat die Bundesregierung mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes die Klimaschutzvorgaben verschärft und das Ziel der Treibhausgasneutralität bis **2045** verankert. Bereits bis 2030 sollen die Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken. Die Gesetzesnovelle ist am 31. August 2021 in Kraft getreten.
- In Hessen hat die Landesregierung im Juli dieses Jahres den Entwurf eines neuen Klimagesetzes vorgelegt. Ziel ist es, Hessen bis **2045** klimaneutral sein zu lassen.
- Und auf lokaler Ebene sind auch in Hessen zahlreiche Kommunen und Gebietskörperschaften unterwegs, für sich verbindliche Zielangaben zu machen, wann und wie Klimaneutralität erreicht werden soll. In Kassel etwa hat der von der Stadt eingesetzte (und

von mir geleitete) Klimaschutzrat im Juni 2022 eine Gesamt-„Klimaschutzstrategie“ vorgelegt, deren Umsetzung gewährleisten könnte, dass Kassel bis **2030** weitgehend klimaneutral ist.

Wenn man sich dies alles vor Augen führt, wird man konstatieren müssen: An Einsicht mangelt es offensichtlich nicht, auch nicht an Papieren mit Absichtserklärungen. Aber Papiere allein bewirken wenig – und „guter Wille“ allein auch nicht. Es geht um konkret zu beschließende, *verbindlich* einzuhaltende Maßnahmen, die aller Erfahrung nach erst als „*Bündel*“ wirken. Stets ist auf die Beziehung der einzelnen Maßnahmen zueinander zu achten – ganz gleich, ob sie die Energieversorgung (Stichworte: Dekarbonisierung, Fernwärme, Photovoltaik, Windkraft, Wärmepumpen etc.), Mobilität, Gebäudesanierungen, Konsumverhalten oder Abfallreduzierung betreffen. Das alles erfordert nicht nur intensive und engagierte Vorplanungen und eine entsprechende personelle Ausstattung, sondern zu allererst den entsprechenden politischen Willen zur Umsetzung und zum anschließenden Monitoring.

Das alles klingt hoch komplex. Ist Klimaneutralität utopisch? Noch einmal: Nein, sofern die Willensänderung in politische Gestaltung mündet. Auch wenn der Ukraine-Krieg und die mit ihm einhergehenden explodierenden Energiepreise derzeit alle politische und private Aufmerksamkeit auf sich ziehen, darf das nicht dazu führen, die ehrgeizigen Klimaschutzziele zu verwässern oder zu verschieben. Die Attraktion, unsere Erde für alle lebenswert zu erhalten, verlöre entscheidend an Anziehungskraft!

Deshalb am Schluss ein Zitat aus einem Kommentar des „Tagesspiegels“ zum Klimastreik von "Fridays for Future“ am 23. September 2022: „Es ist richtig, dass wir warm über den Winter kommen müssen und dürfen. Wir dürfen ihn uns nur nicht mit einem Handeln erkaufen, das extreme Hitzeperioden der Zukunft ermöglicht.“

Denn sonst – nun mit meinen eigenen Worten – würde unsere bewohnbare Welt allmählich selbst zur Utopie!